

Einen öffentlichen Vorsorgefonds als Standardprodukt für die private Altersvorsorge einführen

Politische Forderungen zur Landtagswahl 2026

1. Problem:

Die gesetzliche Rente wird für viele Verbraucher:innen nicht ausreichen, um den gewohnten Lebensstandard im Alter zu halten. Im Jahr 2023 lag der durchschnittliche, monatliche Auszahlungsbetrag für Männer bei 1.608 Euro und für Frauen bei 1.237 Euro. Viele erhalten jedoch noch deutlich weniger Rente, insbesondere Frauen, da längst nicht alle Rentner:innen die notwendigen Voraussetzungen für diese Rentenhöhe, wie etwa die Anzahl der Beitragsjahre oder das Durchschnittsgehalt erfüllen. Private Vorsorge ist daher unerlässlich, doch bestehende Modelle wie die Riester-Rente gelten als gescheitert, da sie oft zu teuer und unrentabel sind. Dadurch sinkt das Vertrauen der Verbraucher:innen in die private Vorsorge weiter – mittlerweile werden nur noch rund ein Viertel der bestehenden Riesterverträge bespart! Eine grundlegende Reform der privaten Altersvorsorge ist daher dringend notwendig, um den Menschen eine verlässliche und rentable Möglichkeit der Zusatzvorsorge zu bieten.

2. Forderungen der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

Die Einführung eines öffentlichen Vorsorgefonds als Standardprodukt zur privaten Altersvorsorge.

Ein Modellbeispiel hierfür ist die “Extrarente” des Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), angelehnt an das schwedische Modell. Die Einbeziehung erfolgt hier für Arbeitnehmer:innen automatisch über den Arbeitgeber mit der Möglichkeit des “Opt-Out”. Selbstständige können freiwillig in die Extrarente einzahlen. Die Extrarente wird über einen öffentlich-rechtlichen Träger durch Ausschreibungen organisiert. So sinken die Kosten für die Verwaltung deutlich und die Kosten/ Provisionen für den Vertrieb entfallen ganz. Die Extrarente legt vor allem in Aktien an, wodurch langfristig eine höhere Rendite zu erzielen ist. Die gesetzliche Rente wird durch die offensive Anlagestrategie der Extrarente besonders gut ergänzt. Im Rentenalter besteht dann die Wahlmöglichkeit zwischen Auszahlungsplänen und klassischer Rentenversicherung, was zusätzliche Flexibilität bringt.

Private Altersvorsorgeprodukte müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Sie dürfen nicht provisionsorientiert verkauft werden.

Allein durch die geringeren Kosten fallen die späteren Renten für die Sparer:innen deutlich höher aus als bei den heute üblichen Produkten. Mit einem öffentlich organisierten Vorsorgefonds können Verbraucher:innen also kostengünstiger und ertragsstärker zusätzlich fürs Alter vorsorgen!

